

Präsidentschaftswahlen in Rußland: Aussichten für die Medienfreiheit unter Jelzin und Sjuganow

Hübner, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hübner, P. (1996). *Präsidentschaftswahlen in Rußland: Aussichten für die Medienfreiheit unter Jelzin und Sjuganow*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 37/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46334>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Präsidentschaftswahlen in Rußland: Aussichten für die Medienfreiheit unter Jelzin und Sjuganow

Zusammenfassung

Das Verhältnis zur Medienfreiheit ist bei Jelzin durch viele entsprechende Bekenntnisse und durchaus wirksame Normativakte (Medien-(=Presse-)gesetz von 1991, Verfassung von 1993 u.a.) geprägt, andererseits besonders seit Oktober 1993 durch Eingriffe in diese Freiheit. Unter Sjuganow wird es aber wahrscheinlich zu viel massiveren Eingriffen kommen. Sehr viele Medienverantwortliche, Redakteure und Journalisten treten daher für Jelzin als das "kleinere Übel" ein. Sjuganow kommt in diesen Medien dennoch sehr ausführlich zu Wort, wird aber auch eingehend "seziert". Zu beobachten ist daneben auch journalistische Rückversicherungsmentalität und vorseilende Loyalität zu Sjuganow.

Vorbemerkung

Im russischen Präsidentschaftswahlkampf spielt die Weiterentwicklung der Demokratie eine eher untergeordnete Rolle. Im Vordergrund stehen sozio-ökonomische Probleme, die Zukunft Rußlands als Großmacht, der Tschetschenienkrieg, weil diese Fragen die Wähler besonders bewegen. Zugleich ist russischen und westlichen Beobachtern klar, daß es bei dieser Wahl um mehr geht, nämlich darum, ob sich Rußland langsam auf dem Weg zur Demokratie fortbewegt oder möglicherweise einen schweren Rückschlag erleidet.

Ein Lackmустest für das Demokratieverständnis der vermutlichen Spitzenkandidaten Jelzin und Sjuganow ist ihr Verhältnis zur Medienfreiheit.

Jelzin

Von Jelzin gibt es viele bekenntnishafte und programmatische Aussagen über die Wichtigkeit der Medienfreiheit für die Entwicklung der Demokratie¹, zum anderen eine größere Anzahl von Normativakten, die die Medienfreiheit absichern sollen und Jelzins Unterschrift tragen oder von ihm inspiriert sind, so vor allem das Mediengesetz vom Dezember 1991, die Verfassung von 1993, das Gesetz über die staatliche Unterstützung der Massenmedien vom Dezember 1995. All dies läßt Jelzin als einen unbedingten Verfechter der Medienfreiheit erscheinen. Seine praktische Medienpolitik und die seiner Regierung hat dagegen besonders seit dem Oktober 1993 oft Anlaß

¹

So zuletzt in einem Grußwort an den Russischen Kongreß der freien Presse, s. Segodnja (Sg), 17.5.1996.

gegeben, gerade daran zu zweifeln. Jelzin hat des öfteren administrative und personelle Maßnahmen eingesetzt, um seiner Politik insbesondere im Fernsehen mehr positive Resonanz zu verschaffen und diejenigen Medien und Journalisten, die seiner Politik kritisch bis feindlich gegenüberstehen, zu behindern. Das größte Aufsehen und die größte Kritik erregten dabei die Ablösung der Chefs des vormaligen 1. staatlichen Fernsehkanals "Ostankino", Je. Jakowlew und W. Bragin, weiter die des Chefs der heute einzigen noch voll in staatlichem Besitz befindlichen landesweiten ("Zweiten") TV-Anstalt, O. Popzow, wegen angeblich zuviel negativer Berichterstattung (Februar 1996), dann die finanziell und wahltaktisch motivierte Einbringung der stark verschuldeten staatlichen TV-Anstalt "Ostankino" in die AG ORT (Öffentliches Russisches Fernsehen) im November 1994 mit der Folge, das "Ostankino" als eigene Anstalt schließlich verschwand. Auch einige normative Akte, wie das Geheimschutzgesetz und einige die Rechtsposition von Journalisten verschlechternde Bestimmungen des neuen, noch nicht verabschiedeten Strafgesetzbuches,² bedeuten einen gewissen Rückschritt. An Jelzins Bekenntnis zur Medienfreiheit sind zudem seit dem Oktober 1993 Zweifel aufgetaucht, so gab es während des Ausnahmezustands im Oktober 1993 den Versuch, kommunistische und nationalistische Zeitungen durch nichtlegale Suspendierung, Verbote, Absetzung von Chefredakteuren und andere Zwangsmaßnahmen auszuschalten.³ Ein weiterer Schwerpunkt war die eklatante Beschneidung der Informationsfreiheit und die Desinformationspolitik bezüglich des Tschetschenienkrieges mit Hunderten von Verstößen gegen die geltende Mediengesetzgebung.⁴ Die in den beiden letzten Jahren stark angestiegene Zahl der Gewaltanschläge gegen Journalisten und Medien, von denen kaum einer aufgeklärt wurde, werden auch zentralen Behörden/Institutionen angelastet, so der tödliche Sprengstoffanschlag gegen D. Cholodow im Dezember 1994, der sich mit illegalen Machenschaften hoher russischer Militärs befaßt hatte. Kein einziger Journalistenmord wurde bisher aufgeklärt. Harmlos wirken daneben Bestrebungen, etwa unliebsame TV-Sendungen gerichtlich oder administrativ verbieten zu lassen. Großes Aufsehen und Spott erregte ein letztlich mißglückter übereifriger Versuch der Moskauer Staatsanwaltschaft gegen das beliebte satirische Wochenmagazin "Kukly" (Die Puppen) des Privatsenders NTV.

Die Zeitungen sind, wenn man von der allgemeinen Einschränkung der Informationsfreiheit im Zusammenhang mit dem Tschetschenienkrieg, Druckausübung regionaler und lokaler Verwaltungen gegen dortige Blätter und einzelnen Maßnahmen zentraler Stellen absieht (etwa die erfolgreiche Beleidigungsklage von Verteidigungsminister P. Gratschow gegen die Zeitung "Moskovskij Komsomolec") unter Jelzin eher gefördert worden. Hier ist vor allem die von Jelzin und M. Poltoranin fast vollständig durchgesetzte Entstaatlichung der zentralen Presse zu nennen, dann das Gesetz über die staatliche Unterstützung der Massenmedien (sc. vorwiegend der Presse) vom Dezember 1995, das Presseorganen Steuer-, Zoll- und andere finanzielle Erleichterungen bringt und das Subventionssystem abschafft. Die materielle Notlage der Presse, die in den letzten Jahren z.T. in neue Abhängigkeiten umschlug und zur Einstellung vieler Zeitungen führte, wird durch die neuen Regelungen spürbar abgebaut. Ein weiteres Gesetz (Nov. 1995) soll ausgewählte auflagenstarke Regionalblätter mittels zentralstaatlicher Subventionen aus der Abhängigkeit von den häufig regierungskritischen Regionalverwaltungen befreien.

Hinter der unterschiedlichen Behandlung von elektronischen und Printmedien steht die richtige Einschätzung der Machthaber, daß erstere im Vergleich zu den Printmedien den Machhabern viel gefährlicher werden können als die Zeitungen, zumal deren Auflagen seit 1991 stark gefallen sind und sich die Presselandschaft im letzten Jahrzehnt stark regionalisiert hat.⁵ Schon Gorbatschow ließ die Presse im Rahmen von Glasnost recht frei agieren, hielt aber die elektronischen Medien unter

² Dazu: N. Gevorkjan, Žurnalisty, vnimanie: novyj UKI, in: Moskovskie Novosti, 56, 1995, S. 4.

³ P. Hübner, Berichte des BIOst, 41, 1994.

⁴ Vgl. Obščaja Gazeta (OG), 3, 1995, S. 12; OMRI Dally Digest, No. 87, Part I, 4.5.1995; Rossija, 22, 1995, S. 7; 25, 1995, S. 6; 28, 1995, S. 6; 33, 1995, S. 6; Nezavisimaja Gazeta (NG), 26.10.1995, 23.12.1995, 31.1.1996, 30.3.1996; K. Svetickij, in: Ogonek, 18, 1996, S. 78-79 (in Tschetschenien getötete Journalisten).

⁵ P. Hübner, Berichte des BIOst, 49, 1995.

staatlicher Kontrolle. Es ist bezeichnend, daß weder unter Gorbatschow noch unter Jelzin ein TV-Gesetz verabschiedet werden konnte.

Die Diskrepanz zwischen Jelzins Bekenntnissen zur Medienfreiheit, - und zu demokratischen Freiheiten und Menschenrechten generell - und praktischer Politik ist besonders seit dem Herbst 1993 größer geworden. Viele Demokraten haben sich von Jelzin deshalb abgewandt. Sie werfen ihm vor, er habe den Begriff Demokratie in Rußland auf lange Zeit desavouiert. In Jelzin-kritischen demokratischen Blättern kann man gelegentlich lesen, mit der Pressefreiheit sei es heute schlechter bestellt als in sowjetischer Zeit. Die Absurdität dieser Denkrichtung wird vollends dann sichtbar, wenn man bei Jelzin nur typisch kommunistisch-sowjetisches Verhalten diagnostiziert, zugleich aber im Kommunisten Sjuganow einen Sozialdemokraten ausmacht.

Eine naheliegende Interpretation der widersprüchlichen Jelzinschen Medienpolitik ist, daß Jelzin unter Inkaufnahme eines gewissen Gesichtsverlusts bei den Demokraten bestimmte Einschränkungen der Medienfreiheit für verantwortbar hält (für viele andere, mehr administrative Maßnahmen insbesondere in den Regionen, ist er nicht haftbar zu machen), um auszuschließen, daß er abgewählt und seine Reformpolitik gestoppt wird. Die Vernachlässigung demokratischer Reinheitsgebote, die für die Massen ohnehin vermutlich nicht nachvollziehbar sind, und die propagandistische Ausrichtung auf diese Massen, die über die elektronischen Medien am besten erreicht werden können und den Wahlausgang bestimmen, zeigt sich klar in den meist als reiner Populismus eingestuften Ankündigungen der letzten Zeit: Auszahlung überfälliger Löhne, Abschaffung der Wehrpflicht, Beendigung des Tschetschenienkrieges.

Sjuganow

Im Unterschied zu Jelzin können die Worte der KPRF bzw. Sjuganows (noch) nicht an politischen Taten in einer Funktion der zentralen Exekutive gemessen werden.

Seine national-patriotische, imperiale, staatsautoritäre Ausrichtung verbindet Sjuganow mit einem Bekenntnis zum Kommunismus und zur sowjetkommunistischen Vergangenheit, zu Lenin, Stalin, Breshnew. ⁶ Die vom Standpunkt des orthodoxen Marxismus-Leninismus reaktionäre Kreuzung von proletarischem Internationalismus und ausgeprägtem Nationalismus, von Marxismus und "russischer Idee" und des Leninismus mit dem orthodoxen Glauben (dem Atheismus hat die KPRF abgeschworen, wie sie immer wieder betont), hätte Sjuganow unter dem von ihm verehrten Stalin mit Sicherheit in den Gulag gebracht.⁷ Sjuganow und die KPRF wollen jedoch die negativen Seiten des Sowjetregimes, darunter die Repressionen, am liebsten ausklammern: "Laßt uns nicht nur nach dem Jahr 1937 urteilen. Laßt uns versuchen, diese schrecklichen historischen Seiten zu übergehen. Laßt uns den Sieg <im Zweiten Weltkrieg> und Stalins Rolle bei diesem Sieg betrachten."⁸ Sie werden von diesem "Kommunisten neuen Typs"⁹ bzw. "konsequenten Antikommunisten mit national-sozialistischer Ausrichtung"¹⁰ verdrängt oder geleugnet, die Stalin- und Breshnew-Zeit wird verklärt: "In der Breshnew-Zeit existierte bereits ein liberaler Staat ohne Repression. Es wurden ein paar Dissidenten ausgebürgert - das war es auch schon. Sie müssen die Listen der Inhaftierten genau ansehen: Heute sitzen mehr Opfer von Repressalien in den Lagern als unter Stalin."¹¹

⁶ G. Simon, Gennadij Sjuganow: Das politische Weltbild des Präsidentschaftskandidaten, AA des BIOst, 15, 1996.

⁷ S. Kortunov, Ne Zjuganovu krestit' Rus', in: NG, 24.4.1996.

⁸ M. Bivens, 'Stalin, come back!', in: Russia Review, 25.3.1996, S. 14.

⁹ A. Kiva, Zjuganov ne tak prost, kak ego maljujut, in: Rossijskaja Gazeta (RG), 11.4.1996.

¹⁰ Definition von S. Jušenkov, s. A. Kiva, ebd.

¹¹ Spiegel, 2, 1996, S. 121; vgl. A. Kandidat v prezidenty; avtoportret s istoriej, in: Kommersant, 5, 1996, S. 18-19; O. Laciš, KPRF - Partija antivybora Rossii, in: Izvestija (Iz), 10.2.1996; A. Kiva loc. cit. Anm. 9.

Sjuganow sieht sich selbst in der Nachfolge Stalins als "Neoeurasier".¹² Dem Westen wird unterstellt, er wolle mit Hilfe der liberalen Demokratie und des ihr immanenten Kapitalismus Rußland seinem eigenen Wesen entfremden und zugrunderichten.

Die vor allem westlichen Gesprächspartnern gegenüber demonstrierte liberale, weltläufige Haltung, die Kritik an gewissen marxistisch-leninistischen Lehren, an der Verknöcherung der KPdSU, an den - zugleich verharmlosten - Repressionen, die programmatische Absage an den Atheismus, die Zusage, die KPRF werde eine "vielgestaltige" Wirtschaft und das "legal" erworbene Privateigentum achten, die beiläufigen Bekenntnisse zu politischem Pluralismus, Mehrparteiensystem, Meinungsfreiheit und Freizügigkeit¹³ haben Sjuganow vor allem im Westen in die Nähe der Sozialdemokratie gerückt. Von der Mehrheit der Beobachter in Rußland und im Westen werden solche Äußerungen jedoch als liberale Pose eingestuft und man wirft Sjuganow häufig Doppelzüngigkeit in Abhängigkeit von seinem jeweiligen Publikum vor. Auch die Wahlplattform Sjuganows ist wesentlich zahmer und unbestimmter als etwa das Parteiprogramm der KPRF. Sozialdemokratismus wurde von Sjuganow nie bestätigt, sondern öfters zurückgewiesen, ebenso von anderen führenden KP-Vertretern. Dies ist nicht nur wahltaktisches Kalkül aus Rücksicht auf kommunistische Orthodoxe, die man nicht mit der Todsünde des Sozialdemokratismus abschrecken will. Es besteht vielmehr in der Tat eine unüberbrückbare Kluft zwischen der Weltoffenheit, der Orientierung auf freiheitliche, demokratische und humanitäre Grundwerte der modernen Sozialdemokratie und der nationalistischen, xenophoben, antisemitisch gefärbten Abgrenzung Sjuganows und der KPRF von der westlich-liberalen Zivilisation.

Sjuganow und die KPRF wollen einen anderen Staat, die geographische Wiederherstellung der UdSSR in neuer Gestalt mit einem neuen sowjet-ähnlichen Parlament ohne Präsidentenamt und mit einer staatlich regulierten Wirtschaft.¹⁴ Entsprechende Verfassungsänderungen sollen vorgenommen werden, da man die jetzige Verfassung "nicht für die Verfassung eines demokratischen Staates halten kann".¹⁵ Solche Einlassungen deuten an, daß die KPRF auch die Kapitel 1 und 2 der jetzigen Verfassung, die Rußland als demokratischen Rechtsstaat definieren und den Grundrechtskatalog enthalten, modifizieren möchte. Berichte, wonach dies auf dem Weg eines Verfassungsreferendums geschehen soll,¹⁶ bedeuten, daß die KPRF auch diese Kapitel der Verfassung antasten will, denn sie können nicht im Wege einer normalen Verfassungsänderung modifiziert werden, sondern nur durch eine neue Verfassung, über deren Annahme eine Verfassungsgebende Versammlung oder eine Volksabstimmung (=Verfassungsreferendum) entscheidet (Art. 135 Verf. der RF). Wenn die KPRF Änderungen in Kapitel 1 und 2 der Verfassung plant, so könnte das auch das in Art. 29 Abs. 5 niedergelegte Zensurverbot betreffen. Zensur war schon immer ein Essential kommunistischer Herrschaft.

Der Jurist Ju. Iwanow, KPRF-Abgeordneter in der Duma, und dort Stellvertretender Vorsitzender des Gesetzgebungsausschusses ist - anders als die Demokraten - der Ansicht, daß es in Rußland nicht zu wenig, sondern zuviel Medienfreiheit gibt. Er fordert eine "Säuberung" des Medien(=Presse)gesetzes von 1991, denn es gebe heute eine "Maßlosigkeit" ("bespredel") der "vierten Gewalt".¹⁷ Sie erhebe sich über den Staat, mache sich über ihn lustig, wasche korrupte Persönlichkeiten rein, ein Teil der Print- und TV-Medien decke die Mafia. Solche Journalisten müßten von den Untersuchungsbehörden "in die Mangel genommen werden". Die Rechtsschutzorgane seien heute jedoch von der "vierten

¹² Über Sjuganows Werdegang und seine Verflechtungen mit russischen Nationalisten, vgl. die über Internet verbreiteten ausführlichen Informationen des "Nationalen Nachrichtendienstes" (Nacional'naja služba novostej).

¹³ Z.B. Spiegel, 2, 1996, S. 120-121; oder die Wahlplattform Sjuganows (s. Anm. 12); s. auch E. Tregubova, Gennadij Seleznev: V bližajšee vremja s gazetami proizojdut interesnye izmenenija, in: Sg, 9.2.1996.

¹⁴ Vgl. Interview mit Zjuganov, in: NG, 19.12.1995.

¹⁵ A. Šabanov (Stellvertretender KPRF-Vorsitzender) im Interview mit L. Ajdinova, in: Panorama, 5, 1996, S. 8-9.

¹⁶ NZZ, 20.3.1996.

¹⁷ Ju. Feofanov im Interview mit Ju. Ivanov, Kak kommunisty sobirajutsja ispravljat' grechi demokratov, in: Iz, 15.2.1996; s. dazu auch den erhellenden Kommentar des Verfassungsrichters . Ametistov, Otkrovenija advokata Ivanova kak zerkalo očerednoj ruskoj revoljucii, in: Iz, 2.3.1996.

Gewalt" "untergebuttert" (podmjaty). Die Medien seien derzeit unantastbar, sie könnten ungestraft und nach Belieben auf die Machtstrukturen "einprügeln". Iwanow ist der Meinung, daß die Äußerungen einiger "radikaler Demokraten" Gegenstand der Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane sein müßten, gewisse TV-Auftritte müßten festgehalten werden, damit man in Zukunft (d.h. nach der Machtergreifung Sjuganows), mit den "Anstiftern" abrechnen könne. Zudem verlangt Iwanow die Wiederverstaatlichung der Zeitung "Izvestija", die durch eine lange Kette von Entscheidungen des Verfassungs-, dann des Schiedsgerichts ihre volle politische und vermögensrechtliche Unabhängigkeit erkämpft hat. Die Ausführungen Iwanos verdienen besondere Beachtung, weil sie auf das Rechts- und Verfassungsverständnis des führenden KPRF-Juristen, der selbst Verfassungsrichter war, ein helles Licht werfen: Iwanow meint, falls die Izvestija-Leute unter einer neuen (KPRF-)Macht nicht von selbst in den Schoß des Staates zurückkehren, könne das Verfassungsgericht (VG) seine eigene Entscheidung revidieren - er scheint nicht zu wissen, daß die Entscheidungen des VG endgültig sind und nicht einmal von ihm selbst aufgehoben werden können. Wenn das VG dies nicht tue, sondern auch noch - wie absehbar - das geplante einschlägige Wiederverstaatlichungsgesetz der KPRF für verfassungswidrig erkläre, könne der (KP-dominierte) Gesetzgeber entweder das VG-Gesetz ändern oder überhaupt die Zweckmäßigkeit des VG in Frage stellen.

Solche Einlassungen,¹⁸ lassen Sjuganows Bekenntnisse zur "Freiheit der Meinungen", "Freiheit der Information" nicht besonders vertrauenswürdig erscheinen. Von einem Präsidenten Sjuganow erwarten russische Journalisten, daß die TV-Anstalten sofort wieder unter staatliche Kontrolle kommen, ebenso die Zeitungen, sobald sie beginnen, die vermutlich scheiternde neue Wirtschafts- und Sozialpolitik zu kritisieren.¹⁹ Beim Zusammenwirken eines kommunistischen Präsidenten mit einer kommunistisch-nationalistisch, illiberal dominierten Duma könnte dies sogar noch einen quasi-demokratischen Anstrich bekommen. Aber das heutige Selbstbewußtsein der Medien, das Iwanow als absolute Verantwortungslosigkeit karikiert, würde eine solche Entwicklung nach zehn Jahren Glasnost und relativer Medienfreiheit wohl kaum widerstandslos hinnehmen.

Die Medien und die Spitzenkandidaten

Es ist deshalb verständlich, daß die unabhängigen russischen Journalisten in Moskau, St. Petersburg und einigen anderen Metropolen heute vielfach offen für Jelzins Position beziehen. Sogar der bekannte "Izvestija"-Journalist O. Lasis, der Jelzins Tschetschenienpolitik von Anfang an kritisierte und schließlich wegen des Sturms von Perwomajskoe aus dem Präsidialrat austrat,²⁰ gibt klar zu erkennen, daß er trotz aller Kritik keine reale Alternative zu Jelzin sieht.²¹ So auch die ausgewiesene Kritikerin von Jelzins Medienpolitik I. Petrovskaja: "Unter dem jetzigen Regime läßt man sie <die unabhängigen Medien>, trotz der von Zeit zu Zeit entstehenden Konflikte mit der Macht, existieren. Im Falle eines Sieges der 'Opposition' ist die Zukunft der unabhängigen Medien - vorsichtig gesagt - problematisch."²² "In seiner heutigen Verfassung ist Boris Nikolajewitsch <Jelzin> kein Geschenk. Aber wir kennen ihn und wissen, was wir von ihm zu erwarten haben. Er wird Rußland nicht übers Knie brechen und die Reformen nicht zugrunderichten. Er wird keine Zensur einführen. Er wird die Demokratie nicht ersticken."²³ Das bekannteste Beispiel für diese Haltung ist I. Malaschenko, der Chef des einflußreichen privaten TV-Senders NTV, der sich durch kritische Objektivität in der Berichterstattung und Reportagen u.a. über den Tschetschenienkrieg auszeichnete und deshalb sogar

¹⁸ Ähnliche einschlägige Zitate Zjuganovs bei M. Bivens (s. Anm. 8).

¹⁹ L. Žuchovickij, Ja vybiraju zastoĭ, in: Ogonek, 7, 1996, S. 25; O. Lasis, Maksi-minimum Zjuganova. Programmu lidera KPRF možno osuščestvit' tol'ko s pomošč'ju nasilija, in: Iz, 29.3.1996; A. Kiva (s. Anm. 9).

²⁰ S. Lasis' Brief an El'cin, in: Iz, 19.1.1996.

²¹ O. Lasis (s. Anm. 11 und 19).

²² I. Petrovskaja, Prezident - konsul'tant prezidenta, in: Iz, 28.3.1996.

²³ L. Žuchovickij (s. Anm. 19); ähnlich A. Kiva, Pretendentov v prezidenty mnogo, no Rossii nužen tol'ko odin. Za kogo že golosovat?, in: RG, 1.3.1996; A. Puškov (ORT-Direktor für Auslandsbeziehungen), in: Ogonek, 14, 1996, S. 78.

im Frühjahr 1995 von Jelzin mit einem Lizenzentzug bedroht wurde. Malaschenko trat in den Wahlberaterstab des Präsidenten ein, um dazu beizutragen, daß die TV-Wahlkampagne des Präsidenten professioneller als bisher abläuft und der Sieg Jelzins sicherer wird.²⁴

Die derzeitige deutliche Pro-Jelzin-Haltung der großen landesweiten TV- und Rundfunkanstalten, aber auch vieler zentraler unabhängiger Blätter und bekannter Intellektueller ist kaum das Resultat eines Drucks von oben, sondern offenbar Ausdruck für die Wahl des "kleineren Übels" Jelzin.

Neben der Haltung, Jelzin als das kleinere Übel zu unterstützen, um das größere Übel Sjuganow zu verhindern, gibt es heute aber auch Redakteure und Journalisten, die sich schon auf einen Präsidenten Sjuganow in vorausseilender Loyalität einstellen. Der KP-Dumavorsitzende G. Selesnew will beobachtet haben, daß sich die Position vieler Zeitungen in den letzten Monaten gewandelt hat, daß Journalisten, die lange jeden Kontakt mit ihm gemieden hatten, diesen jetzt suchen und Loyalität demonstrieren. Er prophezeite im Februar 1996, daß "in der nächsten Zeit" "sehr interessante Veränderungen" bei der Presse eintreten werden.²⁵ Auch der KP-kritische Journalist A. Kiwa hat beobachtet, daß einige bekannte Journalisten seit kurzem die Kommunisten bald beschimpfen, bald loben - "offenbar, um sich rechtzeitig Rückzugspositionen zu schaffen".²⁶

Sjuganow wird, anders als er publikumswirksam den staatlichen Medien vorwirft²⁷ von diesen keineswegs übergangen oder totgeschwiegen. Abgesehen davon, daß die KPRF die regionalen Medien erklärtermaßen aktiv für ihre Zwecke nutzt und hier viel Geld investiert,²⁸ daß sie im Land 120 Publikationen kontrolliert, "bemüht sich die Presse, jedes Wort <Sjuganows> zu erhaschen".²⁹ A. Kiva stellt sogar eine ansteckende "Sjuganow-Mode" in den Medien fest. Die Medienpräsenz Sjuganows ist aber wohl kaum überwiegend auf die Rückversicherungsmentalität von Redakteuren und Journalisten zurückzuführen. Die beiläufige, aber unverhüllte Drohung Sjuganows, man werde sich mit denjenigen Journalisten, "die die Kommunisten mit Dreck begossen haben, auseinandersetzen - aber nach dem Gesetz"³⁰ schüchtert vielleicht manchen Journalisten ein. Aber das Medieninteresse an Sjuganow beruht überwiegend auf seinem politischen Gewicht, zudem auf dem Interesse der Medien, Sjuganow und die KPRF den Wählern ungeschminkt vor Augen zu führen. I. Malaschenko, der in den Wahlberaterstab Jelzins eintrat, begründet die gewollte häufige TV-Präsenz Sjuganows historisch: "Ich möchte nicht, daß eine Situation nach dem Muster von 1991 Gorbatschow - Jelzin eintritt. Die gesamte Presse hat damals das ZK der KPdSU bedient. Und Jelzin siegte mit einem enormen Vorsprung. ... Der schlimmste Dienst, den man Jelzin erweisen kann, wäre, Sjuganow totzuschweigen und nicht zu zeigen."³¹ E. Sagalajew, vormals Chef des Privatsenders TV-6, von Jelzin zum Nachfolger O. Popzows bestellt, betonte: "Die <staatlichen> Kanäle sind heute offen pro-präsidentiell. Die Aufgabe des Fernsehens ist es, die Wähler und die politischen Gegner Jelzins davon zu überzeugen, daß seine Präsidentschaft die Garantie für die Freiheit auch der Kommunisten und der Parteilosen ist."³²

Peter Hübner

²⁵ S. Anm. 13.

²⁶ A. Kiva (s. Anm. 23).

²⁷ Jamestown Monitor, 10.4.1996 nach ITAR-TASS, 9.4.1996; Financial Times, 10.4.1996.

²⁸ A. Vasil'ev, L. Dergačeva, M. Krans, Strasti vokrug četvertoj vlasti. Sredstva massovoj informacii na distancii predvybornogo marafona, in: Iz, 12.4.1996; Jamestown Monitor, 10.4.1996; Financial Times, 10.4.1996.

²⁹ A. Fedorov, Gennadij Zjuganov - nakanune, in: NG, 20.3.1996.

³⁰ V. Chamraev, Gennadij Zjuganov opasaetsja, čto "ljudi ne doterpjat do ijunja", in: Sg, 6.3.1996.

³¹ I. Petrovskaja, in: Iz, 19.4.1996.

³² I. Petrovskaja, Sagalajev načinaet na RTR kadrovyje i drugie peremeny, in: Iz, 29.3.1996.